

/OZ/MANTEL/TITEL vom 24.05.2011 00:00

Genpflanzen: Ehepaar Strauß aus Sagerheide klagt mit Erfolg bei UNO
Familie aus Kreis Bad Doberan ruft Menschenrechts-Ausschuss an. UN-Gremium hält Gentechnik für schädlich und mahnt Deutschland.



Auch in Sachen Atompolitik hat es lange Zeit bis zum Umdenken gebraucht.“ Ute Strauß, Klägerin



Genf Es ist ein Sieg wie bei David gegen Goliath: Ute und Andreas Strauß aus Sagerheide (Landkreis Bad Doberan) haben gegen Deutschland wegen der Freisetzung genveränderter Organismen geklagt und Recht bekommen. Vor dem Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen (UN) in Genf konnten sie einen ersten Erfolg erringen. Der UN-Ausschuss räumt Gefahren für die Gesundheit durch genveränderte Lebensmittel ein und fordert die Bundesregierung auf, die Gesundheit der Verbraucher in diesem Zusammenhang zu schützen.

Wer unfreiwillig gentechnisch veränderte Lebensmittel auf den Teller bekommt, werde zudem in seiner Freiheit eingeschränkt, teilte das Netzwerk „Aktion Gen-Klage“ (Gauting/Bayern) mit, das Familie Strauß unterstützt hatte.

„Mit so einem positiven Ergebnis hatten wir nicht gerechnet“, erklärte Andreas Strauß gestern hoch erfreut. Die Bundesregierung sei jetzt gefordert, Verbraucher vor Gesundheitsrisiken durch gentechnisch veränderte Lebensmittel zu schützen, betont der Kläger.

Das Grundstück des Ehepaares grenzt unmittelbar an Ackerflächen, auf denen Freilandversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen stattfinden. „Wir wissen nie, was man uns vor die Haustür sät“, empört sich Strauß. Die Gentechnik sei ebenso wie die Atomkraft eine Risikotechnologie. Nur dass die Kontamination schleichend verlaufe.

Gemeinsam mit Christiane Lüst von der „Aktion Gen-Klage“ prangern die Mecklenburger in ihrer 18-seitigen Klageschrift die Genversuche mit Pflanzen als Verletzung der Menschenrechte an. Die Umweltorganisation BUND MV wertet die Empfehlung der Vereinten Nationen als „absoluten Erfolg“. Das sei eine deutliche Mahnung an die Adresse der Bundesregierung. Jetzt müsse die Politik handeln.

„Gentechnik ist ein riskantes Verfahren, vor dem der Verbraucher geschützt werden muss. Wenn eine Technologie nicht sicher ist, gilt das Vorsorgeprinzip“, meinte BUND-Agrarexperte Burkard Roloff. Er forderte Landwirtschaftsminister Till Backhaus (SPD) auf, sich von der Gentechnik zu distanzieren und die Forschung im Agrobiotechnikum Groß Lüsewitz und an der Universität Rostock nicht mehr mit Steuergeldern zu finanzieren. „70 Prozent der Bevölkerung sind schließlich gegen Gentechnik.“ Ute und Andreas Strauß haben fast drei Jahre auf diesen Erfolg hingearbeitet. „In Deutschland herrscht große Ahnungslosigkeit, was die Menschenrechte angeht“, kritisierte Strauß. Er hofft, dass die Empfehlung des UN-Ausschusses die Menschen wachrüttelt und ihnen die Risiken der Gentechnik vor Augen führt.

Das Landwirtschaftsministerium in Schwerin begrüßte den Bericht aus Genf, äußerte sich aber zurückhaltend. „Das deutsche Gentechnikrecht ermöglicht Freisetzen, wenn die Unternehmen die Bestimmungen einhalten. Insofern hat dieser Spruch keine unmittelbaren Folgen für das Land“, so Sprecherin Marion Zinke. Der UN-Ausschuss kann keine Sanktionen verhängen. Seiten 2 und 6

Simone Hamann

/OZ/MANTEL/MV vom 24.05.2011 00:00

„Hier kommt kein einziger Urlauber mehr her“

Das Ehepaar Strauß aus Sagerheide wohnt direkt neben Gentechnik-Versuchsfeldern. Jetzt hat es mit Erfolg vor dem Menschenrechtsausschuss der UNO geklagt.



Ute und Andreas Strauß vor ihrem Anwesen in Sagerheide im Landkreis Bad Doberan.
Foto: dapd

Sagerheide Auf ihrem Grundstück in Sagerheide bei Rostock hatte Ute Strauß sich ein kleines Maisfeld anlegen wollen, jetzt hat sie den Samen in den Keller verbannt. „Ich traue mich einfach nicht mehr, den auszulegen“, sagt die 45-Jährige. Dabei verweist die Werbefachfrau auf ein an ihren Garten grenzendes Feld, auf dem Mais aus dem Boden wächst. „Der ist gentechnisch verändert. Was weiß ich, was davon womöglich eines Tages auf meine Pflanzen rüberweht“, sagt Ute Strauß.

Die Freibergerin und ihr Mann sind in den 1980er Jahren nach Sagerheide im Kreis Bad Doberan gezogen. „Mitten in die Natur. Genau das wollten wir. Nun ist alles vorbei“, sagt Andreas Strauß. Seit 2004 im benachbarten Groß Lüsewitz eines der bundesweit größten Gentechnik-Versuchszentren eröffnet wurde, habe sich ein großer Wandel vollzogen. Das Ehepaar sieht sich in seinen Menschenrechten auf Gesundheit und Selbstbestimmung verletzt und hat mit Erfolg vor dem UN-Menschenrechtsausschuss geklagt.

Das Groß Lüsewitzer Biotechnikum hat 9,2 Millionen Euro gekostet, nahezu 30 Hektar Versuchsfelder können pachtfrei genutzt werden. „Seitdem haben wir ein Problem. Wir wissen nie, was man uns vor die Haustür sät“, empört sich Andreas Strauß, der in seinem Haus einen Verlag betreibt. „Eigentlich hatten wir vor, im oberen Stockwerk Ferienwohnungen einzurichten. Aber seitdem Sagerheide mit seinen Versuchsfeldern sogar international für Negativschlagzeilen sorgt, kommt hier kein einziger Urlauber mehr her“, ergänzt Ehefrau Ute. Die finanziellen Ausfälle seien dabei gar nicht mal das Entscheidende, sagen beide. Vielmehr fürchtet das Ehepaar zunehmend um die eigene Gesundheit.

„All unsere Bemühungen, für unsere Sorgen und Nöte Gehör zu finden, blieben bislang erfolglos. Ob beim Bund, bei der Landesregierung, bei zuständigen Ämtern und Behörden, überall Fehlanzeige“, erläutert der 50-Jährige. „Selbst von den Betreibern der Versuchsflächen haben wir nur lapidar zu hören bekommen, das sei überhaupt nicht schlimm, die grüne Gentechnik sei nun mal zukunftsweisend“, macht Ute Strauß ihrem Unmut Luft und beobachtet dabei einen Wachmann, der um das doppelt eingezäunte Versuchsfeld schreitet.

Im Biotechnikum spricht man von Auftragsforschung in Zusammenarbeit mit Universitäten und Instituten des Landes. Ziel sei es, neue Entwicklungen im Bereich der grünen Biotechnologie anzustoßen und dabei Verbrauchersicherheit durch eine unabhängige Begleitforschung zu schaffen, wie Leiterin Inge Broer stets betont.

Doch Ute und Andreas Strauß wollen den Unbedenklichkeitserklärungen nicht folgen. Meldungen über unkontrollierte Verbreitung von gentechnisch veränderten Pflanzen, über protestierende Bauern, die dadurch ihre Existenz verloren haben, bis hin zu nicht eindeutig erklärten Erkrankungen von Menschen in aller Welt füllen bei ihnen inzwischen ganze Aktenordner. Die Empfehlung des UN-Menschenrechtsausschusses ist ein Achtungserfolg. Ute und Andreas Strauß wollen weiter machen. Es habe lange Zeit bis zum Umdenken in Sachen Atompolitik gebraucht, „warum soll so etwas nicht auch unsere Klage in Genf auslösen?“

Klage gegen Deutschland

Alle fünf Jahre müssen die Regierungen, die wie Deutschland den Menschenrechtspakt ratifiziert haben, vor dem UN-Ausschuss über die Menschenrechte in ihrem Land Auskunft geben. Parallel dazu können regierungsunabhängige Organisationen Berichte einreichen, die auf Verletzung der Menschenrechte hinweisen. Das haben Ute und Andreas Strauß getan. Ihre Klage richtete sich unter anderem gegen den Anbau der Gen-Kartoffel Amflora, die in Verdacht steht, Antibiotikaresistenzen hervorrufen zu können. Zudem forderten sie ein generelles Anbauverbot der Gen-Maissorte MON 810. In Deutschland war die Erlaubnis vor zwei Jahren aufgehoben worden.

Der UN-Menschenrechtsausschuss, der sich mit Individualbeschwerden befasst, kann nur Empfehlungen geben, er kann keine Sanktionen verhängen.

Jürgen Drewes

Kommentar

/OZ/MANTEL/MEIN vom 24.05.2011 00:00

Mut und Ausdauer

Ein Ehepaar aus MV schlägt bei UN Alarm wegen Gentechnik.

Von Simone Hamann

Ute und Andreas Strauß haben Mut bewiesen. Das Ehepaar aus Mecklenburg-Vorpommern ist vor den UN-Ausschuss für Menschenrechte in Genf gezogen und hat sich mit keinem geringeren als der Bundesrepublik Deutschland angelegt. Das verdient zuerst einmal Respekt!

Als Nachbarn eines Versuchsfeldes für gentechnisch veränderte Pflanzen stand bei Familie Strauß die persönliche Betroffenheit anfangs sicherlich im Vordergrund. Längst aber kämpfen sie nicht mehr nur um eine saubere Natur vor der eigenen Haustür. Sie sehen durch den Einsatz von Gentechnik ihre Menschenrechte verletzt. Sie prangern die Unbesorgtheit der Menschen beim Thema Gentechnik an und scheuen sich auch nicht davor, der Politik und den Konzernen die Stirn zu bieten. Ihr Mut und ihre Ausdauer wurden belohnt.

Die Bundesregierung muss jetzt bei den Vereinten Nationen Rechenschaft ablegen, wie sie dafür Sorge trägt, dass die Gesundheit von Mensch und Natur durch gentechnisch veränderte Organismen nicht gefährdet wird. Ein Sieg wie David gegen Goliath. Man darf gespannt sein, wie sich das Berliner Kabinett aus dieser Sache herauslaviert.

Skandale wie die Aussaat von gentechnisch verunreinigtem Mais — auch zwei Agrarbetriebe in MV brachten das problematische Saatgut 2010 in den Boden — oder die Vermischung der zugelassenen Gen-Kartoffel Amflora mit einer nicht zugelassenen Sorte im Müritzkreis zeigen, dass ein gesundes Misstrauen angebracht ist. Die Risiken der Gentechnologie sind nicht hinreichend bekannt und erst recht nicht kontrollierbar.

Es geht nicht um Panikmache. Die Liste der Nachteile der Gentechnik für Natur und Umwelt, die in Studien und Versuchen schon festgestellt wurden, ist signifikant. Die Argumente der Befürworter sind eher gewinnorientiert.

Deutschland braucht couragierte Menschen wie Ute und Andreas Strauß, die sich nicht scheuen, unbequeme Fragen zu stellen, neue Technologien zu hinterfragen und den weltweit agierenden Konzernen auf die Finger zu schauen. Weiter so! Seiten 1 und 6